Europaweite Vergabe
eines

Mietvertrages über
Managed Print Service

-

Anmietung von Hardware
(Druck- und
Multifunktionssysteme) und
Servicedienstleistungen

für die Krankenhäuser Landkreis
Freudenstadt gGmbH

im
offenen Verfahren nach
nach VgV

ANGEBOTSFORMULAR

Teil A: Allgemeine Angaben des Bieters

Teilnahme am Vergabeverfahren

☐ als Einzelbieter

☐ als Bietergemeinschaft

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

Einzelbieter

Name des Unternehmens		
Anschrift	Straße:	
	PLZ, Ort:	
Ansprechpartner	Name, Vor-name:	
	Durchwahl:	
	E-Mail:	
Gesellschaftsform (GbR, GmbH, AG, o.ä.)		
Haupteigentümer (Muttergesellschaft, Gesellschafter)		

Die Seiten 4 bis 8 sind nur im Falle einer Bietergemeinschaft auszufüllen:

<u>Teilnehmer der Bietergemeinschaft</u>

Mitglied der Bietergemeinschaft 1		
Name des Unternehmens		
Anschrift	Straße:	
	PLZ, Ort:	
Ansprechpartner	Name, Vor-name:	
	Durchwahl:	
	Telefax:	
	E-Mail:	
Gesellschaftsform (GbR, GmbH, AG, o.ä.)		
Haupteigentümer (Muttergesellschaft, Gesellschafter)		

Mitglied der Bietergemeinschaft 2		
Name des Unternehmens		
Anschrift	Straße:	
	PLZ, Ort:	
Ansprechpartner	Name, Vor-name:	
	Durchwahl:	
	Telefax:	
	E-Mail:	
Gesellschaftsform (GbR, GmbH, AG, o.ä.)		
Haupteigentümer (Muttergesellschaft, Gesellschafter)		

Mitglied der Bietergemeinschaft 3		
Name des Unternehmens		
Anschrift	Straße:	
	PLZ, Ort:	
Ansprechpartner	Name, Vor-name:	
	Durchwahl:	
	Telefax:	
	E-Mail:	
Gesellschaftsform (GbR, GmbH, AG, o.ä.)		
Haupteigentümer (Muttergesellschaft, Gesellschafter)		

Angaben zur Aufgabenteilung innerhalb der Bietergemeinschaft

Bevollmächtigter Vertreter der Bietergemeinschaft:
_____ *[bitte Name / Firma des bevollmächtigten Vertreters eintragen]*

Der bevollmächtigte Vertreter vertritt die Mitglieder der Bietergemeinschaft. Die Mitglieder der Bietergemeinschaft haften gesamtschuldnerisch.

Unterschriften:

· Für das Unternehmen Nr. 1

_____ Ort, Datum	_____ Name(n) der Person(en), welche die Erklärung für das Unternehmen rechts-verbindlich abgibt

· Für das Unternehmen Nr. 2

_____ Ort, Datum	_____ Name(n) der Person(en), welche die Erklärung für das Unternehmen rechts-verbindlich abgibt

· Für das Unternehmen Nr. 3

_____ Ort, Datum	_____ Name(n) der Person(en), welche die Erklärung für das Unternehmen rechts-verbindlich abgibt

Eignungsleihe

Diese Seite ist nur im Falle einer Eignungsleihe auszufüllen:

Angabe, zu Unternehmen auf das/die sich ein Bieter / eine Bietergemeinschaft zum Nachweis seiner Eignung stützt („Eignungsleihe“, § 47 VgV).

Beispiel: zum Nachweis der Mindestreferenzen XY stützt sich der Bieter auf die Referenzen eines von ihm eingebundenen Unternehmens.

Im Rahmen der Eignungsleihe eingebundene(s) Unternehmen	**Eignungskriterien, zu deren Nachweis das Unternehmen eingebunden wird**

Eine Erklärung des/ der im Rahmen der Eignungsleihe eingebundenen Unternehmen(s), dass die für den Auftrag erforderlichen Kapazitäten zur Verfügung stehen, ist/ sind dem Angebot beizufügen.

Die Unternehmen, auf die sich ein Bieter zum Nachweis seiner Eignung stützt, müssen zum Nachweis der Eignung ebenfalls einzelne Eignungsnachweise einreichen, vgl. hierzu Seite 10.

Unterauftragnehmer

Ich/wir beabsichtige/n,

☐ sämtliche vertragsgegenständlichen Leistungen selbst zu erbringen.

☐ die unten aufgeführten Leistungen durch die Einbindung eines Unterauftragnehmers zu erbringen.

[Hinweis: Bitte ankreuzen und ggf. Tabelle ausfüllen]

Verzeichnis der Unterauftragnehmer

Lfd. Nr.	Leistung	Soweit bekannt: Firma, Rechtsform und Adresse des Nachunternehmers
1		
2		
3		
4		
5		

Teil B: Eignungsnachweise

Hinweis: Im Falle einer Teilnahme als Bietergemeinschaft ist dieses Formblatt, Teil B zu kopieren und von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft gesondert auszufüllen.

Soweit der Bieter oder die Bietergemeinschaft zum Nachweis der Eignung die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nimmt (sog. „Eignungsleihe“), muss mit Angebotsabgabe nachgewiesen werden, dass die für den Auftrag erforderlichen Kapazitäten zur Verfügung stehen, indem der Bieter/Bietergemeinschaft beispielsweise eine entsprechende Verpflichtungserklärung des betreffenden Unternehmens vorlegt.

Die Unternehmen, auf die sich ein Bieter zum Nachweis seiner Eignung stützt, müssen die Eignung nach der EU-weiten Bekanntmachung hinsichtlich derjenigen Eignungskriterien erfüllen, zu deren Nachweis sich der Bieter auf die Eignung des Unternehmens stützt. Zudem sind die Erklärungen über das Vorliegen von Ausschlussgründe nach § 123 Abs. 1 bis 4 GWB und § 124 Abs. 1 GWB vorzulegen.

Name des Unternehmens, für das die nachfolgenden Erklärungen (Teil B) abgegeben werden:

_____

_____ _____

Ort, Datum Name des Erklärenden

Eigenerklärung zu Ausschlussgründen gemäß § 123 GWB

Hinweis: Soweit eine der nachfolgenden Erklärungen nicht abgegeben werden kann, ist diese zu streichen. Zudem sind nachfolgend im separaten Kasten die näheren Umstände hierzu zu erläutern.

Ich erkläre/wir erklären, dass keine Person, die dem Unternehmen (Bewerber) zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt ist wegen eines Straftatbestandes, der im Folgenden aufgezählt ist und gegen das von mir/uns vertretene Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 OWiG rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

1. § 129 des Strafgesetzbuchs (StGB) (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b StGB (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),

2. § 89c StGB (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat,

3. § 261 StGB (Geldwäsche)

4. § 263 StGB (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,

5. § 264 StGB (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,

6. § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen),

7. § 108e StGB (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern) oder § 108f StGB (unzulässige Interessenwahrnehmung),

8. den §§ 333 und 334 StGB (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a StGB (Ausländische und internationale Bedienstete),

9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr),

10. §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a StGB (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

Darüber hinaus erkläre ich/erklären wir, dass das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist.

Erläuterung bei Nichtabgabe der vorstehenden Erklärung:
[nur bei Bedarf auszufüllen]

Eigenerklärung zu Ausschlussgründen gemäß § 124 GWB

Hinweis: Soweit eine der nachfolgenden Erklärungen nicht abgegeben werden kann, ist diese zu streichen. Zudem sind nachfolgend im separaten Kasten die näheren Umstände hierzu zu erläutern.

Ich erkläre/Wir erklären in Bezug auf das durch uns vertretene Unternehmen, dass

- das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
- das Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder kein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
- das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nicht nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird,
- das Unternehmen mit anderen Unternehmen keine Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- kein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte,
- das Unternehmen nicht bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war,
- das Unternehmen bei der Erfüllung einer wesentlichen Anforderung im Rahmen eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags keine erheblichen oder fortdauernden Mängel erkennen lassen hat, die die Erklärung einer vorzeitigen Beendigung dieses früheren Auftrags, die Forderung nach Schadenersatz oder andere vergleichbare Rechtsfolgen nach sich gezogen haben,
- das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen und Auskünfte nicht zurückhält und in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,

- das Unternehmen

1. nicht versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,

2. nicht versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder

3. nicht fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Erläuterung bei Nichtabgabe einer der vorstehenden Erklärungen:
[nur bei Bedarf auszufüllen]

Eigenerklärung gemäß § 19 Abs. 3 Mindestlohngesetz (MiLOG)

Hinweis: Falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann, bitte Erläuterung hierzu und ggf. erläutern, weshalb die Voraussetzungen für einen Ausschluss von der Teilnahme an diesem Vergabeverfahren gemäß § 19 Abs. 1 MiLoG nicht vorliegen.

Ich erkläre/wir erklären,

dass ich/wir **nicht** wegen eines Verstoßes gegen § 21 MiLoG mit einer Geldbuße von wenigstens EUR 2.500,00 belegt worden bin/sind.

Erläuterung bei Nichtabgabe der vorstehenden Erklärung:
[nur bei Bedarf auszufüllen]

Eigenerklärung zu Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014

(von allen Bewerbern / Bietern / allen Mitgliedern von Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften)

Die nachfolgende Erklärung gebe/n ich/wir verbindlich ab (ggf. zugleich in Vertretung für die lt. Teilnahmeantrag / Angebot Vertretenen auch für diese):

1. Der / die **Bewerber / Bieter** gehört / gehören nicht zu den

   in **Artikel 5 k)** Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022, zuletzt geändert durch Verordnung (EU) 2026/506 vom 23. April 2026 und Verordnung (EU) 2026/1805 vom 16. Juli 2026, über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren,

   genannten Personen oder Unternehmen, die einen <u>Bezug zu Russland</u> im Sinne der Vorschrift aufweisen,

   a) **durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,**

   b) **durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,**

   c) **durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.**

2. Die am Auftrag als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.

3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

Erläuterung bei Nichtabgabe einer der vorstehenden Erklärungen:
[nur bei Bedarf auszufüllen]

Eigenerklärung über den Jahresumsatz in den vergangenen drei abgeschlossenen Geschäftsjahren einschließlich des Jahresumsatzes mit vergleichbaren Leistungen.

Umsatz [in EUR netto]/ Geschäftsjahr	2023	2024	2025
Gesamtumsatz:			
Umsatz mit vergleichbaren Leistungen (Anmietung von Hardware (Druck- und Multifunktionssysteme) und Servicedienstleistungen):			

Eigenerklärung, aus der die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Unternehmens und die Zahl seiner Führungskräfte in den letzten drei Jahren ersichtlich (2023, 2024, 2025) sind.

Arbeitnehmer	2023	2024	2025
im Unternehmen insgesamt			
davon Führungskräfte			
davon Mitarbeiter, die ausschließlich für Servicedienstleistungen tätig sind			
davon sonstige Mitarbeiter			

Eigenerklärung über den Abschluss einer Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme für Personen-, Sach- und Vermögensschäden in Höhe von mindestens EUR 5.000.000,00 oder Eigenerklärung, im Auftragsfall Versicherungsschutz in der geforderten Höhe zu stellen.

Wir erklären, dass unser Unternehmen eine Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme für Personen-, Sach- und Vermögensschäden in Höhe von mindestens EUR 5.000.000,00 abgeschlossen hat bzw. im Auftragsfall einen Versicherungsschutz in der geforderten Höhe abschließen wird.

Mit dem Angebot ist neben dieser Eigenerklärung noch keine Erklärung / Bescheinigung einer Versicherungsgesellschaft vorzulegen.

Hinweis der Vergabestelle: *Die geforderte Eigenerklärung zur Betriebshaftpflichtversicherung ist von Bietergemeinschaften insgesamt nur einmal vorzulegen.*

Eigenerklärung zur Herstellerautorisierung

Ich/Wir erkläre(n), dass für die Wartung und Instandhaltung der angebotenen Systeme eine Autorisierung des jeweiligen Herstellers der angebotenen Systeme (maximal zwei Hersteller, Leistungsbeschreibung, Kapitel 1.12) vorliegt oder bis zur Zuschlagserteilung vorliegen wird. Die Autorisierung umfasst die Durchführung von Wartungs- und Instandhaltungsleistungen einschließlich des Bezugs von Original-Ersatzteilen und Verbrauchsmaterialien sowie die Einbindung der Serviceorganisation des Herstellers (vgl. Leistungsbeschreibung, Kapitel 3.1).

Hersteller 1: Name: _____

Die Herstellerautorisierung für Hersteller 1 liegt bei und ist dem Angebot beigefügt:

☐ Ja

☐ Nein

Hersteller 2: Name: _____

Die Herstellerautorisierung für Hersteller 2 liegt bei und ist dem Angebot beigefügt:

☐ Ja

☐ Nein

Ggf. Abweichender Hersteller für die Softwarelösung: Name: _____

Eigenerklärung zur Teilnahme am Schulungsprogramm des Krankenhauszukunftsfonds

Der Bieter erklärt, dass mindestens zwei seiner Mitarbeiter am Schulungsprogramm des Krankenhauszukunftsfonds teilgenommen bis zum Ablauf der Angebotsfrist haben. Die Nichtteilnahme bis zum Ablauf der Angebotsfrist führt zum zwingenden Angebotsausschluss.

Ich/Wir erkläre(n), dass mindestens zwei Mitarbeiter meines/unseres Unternehmens am Schulungsprogramm des Krankenhauszukunftsfonds bis zum Ablauf der Angebotsfrist teilgenommen haben. Auf Verlangen der Vergabestelle reichen wir eine entsprechende Bescheinigung ein.

Mitarbeiter 1: Name, Vorname: _____

Mitarbeiter 2: Name, Vorname: _____

Teil C: Referenzen

Der Bieter hat folgende Mindestreferenz vorzulegen:

– **Eigenerklärung über das Vorliegen von mindestens drei Referenzen über die Ausführung von Managed Print Services im Klinikumfeld (Krankenhäuser oder andere Einrichtungen des Gesundheitswesens) mit vergleichbarer Größenordnung (mindestens 150 Druck- und Multifunktionssystemen im Einsatz). Die Referenzen müssen die Bereitstellung, Wartung und Instandhaltung von Druck- und Multifunktionssystemen enthalten. Die Leistungserbringung muss für einen ununterbrochenen Zeitraum von einem Jahr bis zum Ablauf der Angebotsfrist erbracht worden sein. Es werden auch einschlägige Leistungen berücksichtigt, die mehr als drei Jahre zurückliegen, sofern die Leistungszeit zumindest teilweise nach dem 31. Dezember 2022 liegt.**

Hinweis:

Die geforderten Mindestreferenz ist von Bietergemeinschaften nur einmal vorzulegen.

Die Erklärungen über die Referenzprojekte müssen folgende Angaben enthalten:

- Bezeichnung des Auftrags,
- Auftraggeber (Anschrift, Ansprechpartner, Telefonnummer),
- Leistungsumfang / -gegenstand
- Auftragswert in EUR netto,
- Zeitraum der Leistungserbringung,

Die Vorlage von insgesamt mehr als drei Referenzen ist nicht erwünscht.

Anlage A: Referenz 1

Referenz-Nr.:	**A**
Bezeichnung	
Auftraggeber *(einschließlich Anschrift, Ansprechpartner, Telefonnummer)*	
Beim Auftraggeber handelt es sich um ein Krankenhaus oder eine andere Einrichtung des Gesundheitswesens	☐ Krankenhaus ☐ andere Einrichtung des Gesundheitswesens ☐ Nein, der Auftraggeber war weder ein Krankenhaus noch eine andere Einrichtung des Gesundheitswesens
Ausführung von Managed Print Services mit vergleichbarer Größenordnung (mindestens 150 Druck- und Multifunktionssystemen im Einsatz).	☐ Ja, mindestens 150 Druck- und Multifunktionssystemen im Einsatz ☐ Nein
Referenz umfasst die Bereitstellung, Wartung und Instandhaltung von Druck- und Multifunktionssystemen	☐ Ja ☐ Nein
Zeitraum der Leistungserbringung *(Datum mit Angabe von Tag/Monat/Jahr)*	
Leistungszeitraum zumindest teilweise auch nach dem 31.12.2022	☐ Ja, die Leistungserbringung dauert noch an ☐ Ja, die Leistungserbringung erfolgte bis: ___/___/_____ (Tag/Monat/Jahr) ☐ Nein, der Leistungszeitraum liegt vollständig vor dem 31.12.2022
Die Leistungserbringung erfolgte für einen ununterbrochenen Zeitraum von einem Jahr bis zum Ablauf der Angebotsfrist	☐ Ja ☐ Nein

Anlage B: Referenz 2

Referenz-Nr.:	**B**
Bezeichnung	
Auftraggeber *(einschließlich Anschrift, Ansprechpartner, Telefonnummer)*	
Beim Auftraggeber handelt es sich um ein Krankenhaus oder eine andere Einrichtung des Gesundheitswesens	☐ Krankenhaus ☐ andere Einrichtung des Gesundheitswesens ☐ Nein, der Auftraggeber war weder ein Krankenhaus noch eine andere Einrichtung des Gesundheitswesens
Ausführung von Managed Print Services mit vergleichbarer Größenordnung (mindestens 150 Druck- und Multifunktionssystemen im Einsatz).	☐ Ja, mindestens 150 Druck- und Multifunktionssystemen im Einsatz ☐ Nein
Referenz umfasst die Bereitstellung, Wartung und Instandhaltung von Druck- und Multifunktionssystemen	☐ Ja ☐ Nein
Zeitraum der Leistungserbringung *(Datum mit Angabe von Tag/Monat/Jahr)*	
Leistungszeitraum zumindest teilweise auch nach dem 31.12.2022	☐ Ja, die Leistungserbringung dauert noch an ☐ Ja, die Leistungserbringung erfolgte bis: ___/___/_____ (Tag/Monat/Jahr) ☐ Nein, der Leistungszeitraum liegt vollständig vor dem 31.12.2022
Die Leistungserbringung erfolgte für einen ununterbrochenen Zeitraum von einem Jahr bis zum Ablauf der Angebotsfrist	☐ Ja ☐ Nein

Anlage C: Referenz 3

Referenz-Nr.:	**C**
Bezeichnung	
Auftraggeber *(einschließlich Anschrift, Ansprechpartner, Telefonnummer)*	
Beim Auftraggeber handelt es sich um ein Krankenhaus oder eine andere Einrichtung des Gesundheitswesens	☐ Krankenhaus ☐ andere Einrichtung des Gesundheitswesens ☐ Nein, der Auftraggeber war weder ein Krankenhaus noch eine andere Einrichtung des Gesundheitswesens
Ausführung von Managed Print Services mit vergleichbarer Größenordnung (mindestens 150 Druck- und Multifunktionssystemen im Einsatz).	☐ Ja, mindestens 150 Druck- und Multifunktionssystemen im Einsatz ☐ Nein
Referenz umfasst die Bereitstellung, Wartung und Instandhaltung von Druck- und Multifunktionssystemen	☐ Ja ☐ Nein
Zeitraum der Leistungserbringung *(Datum mit Angabe von Tag/Monat/Jahr)*	
Leistungszeitraum zumindest teilweise auch nach dem 31.12.2022	☐ Ja, die Leistungserbringung dauert noch an ☐ Ja, die Leistungserbringung erfolgte bis: ___/___/_____ (Tag/Monat/Jahr) ☐ Nein, der Leistungszeitraum liegt vollständig vor dem 31.12.2022
Die Leistungserbringung erfolgte für einen ununterbrochenen Zeitraum von einem Jahr bis zum Ablauf der Angebotsfrist	☐ Ja ☐ Nein

Teil D: Preisliche Angaben

Die angegebenen Preise beziehen sich auf das Preisblatt (**Anhang II** zur Leistungsbeschreibung) einschließlich sämtlicher Anlagen. Vom Bieter ist die Angebotssumme aus dem Preisblatt (**Anhang II** zur Leistungsbeschreibung) zu übertragen. **Es sind alle grün hinterlegten Felder im Preisblatt zwingend auszufüllen.**

Im Fall von Differenzen zu weiteren Eintragungen an anderen Stellen des Angebots ist die nachfolgende Eintragung die allein maßgebliche Angabe.

D.1 Miete für den Zeitraum von 60 Monaten inkl. Servicekosten

Wir bieten die Erbringung der ausgeschriebenen Leistungen (Miete für den Zeitraum von 60 Monaten inkl. Servicekosten) zu nachfolgendem Gesamtpreis **(Gesamtkosten 60 Monate**) an:

_____**EUR netto** (*Zeile 41, Spalte K*)
(bitte eintragen)

D.2 Folgeklick

Wir bieten die Erbringung der ausgeschriebenen Leistungen (Folgeklick) zu nachfolgendem Preis an:

_____**EUR netto** (*Summe aus Zeilen 33-36, Spalte H*)
(bitte eintragen)

D.3 Entsorgung

Wir bieten die Erbringung der ausgeschriebenen Leistungen (Entsorgung) zu nachfolgendem Preis an:

_____**EUR netto** (Summe aus Zeilen 38-40, Spalte D)
(bitte eintragen)

Teil E: Weitere Unterlagen

Bitte reichen Sie folgende Konzepte nach näherer Maßgabe der Vorgaben unter Ziffer 6.2 bis 6.4 des Verfahrensleitfadens sowie weitere Unterlagen ein:

1. Entsorgungskonzept gemäß BSI (gemäß Verfahrensleitfaden Ziffer 6.2)
2. Implementierungs- und Servicekonzept (gemäß Verfahrensleitfaden Ziffer 6.3)
3. Umweltkonzept (gemäß Verfahrensleitfaden Ziffer 6.4)
4. Preisblatt (Anhang II zur Leistungsbeschreibung)
5. Anhang I zur Leistungsbeschreibung – Technische Anforderungen

Bitte beachten Sie: Die angebotenen Konzepte müssen sich konkret auf die ausgeschriebenen Leistungen beziehen. Allgemeine Ausführungen des Bieterunternehmens sind daher nicht ausreichend.

Bitte fügen Sie die Konzepte sowie die weiteren Unterlagen in o.g. Reihenfolge Ihrem Angebot als

- ☐ **Anlage D** Entsorgungskonzept gemäß BSI (gemäß Verfahrensleitfaden Ziffer 6.2)
- ☐ **Anlage E** Implementierungs- und Servicekonzept (gemäß Verfahrensleitfaden Ziffer 6.3)
- ☐ **Anlage F** Umweltkonzept (gemäß Verfahrensleitfaden Ziffer 6.4)
- ☐ **Anlage G** Preisblatt (Anhang II zur Leistungsbeschreibung)
- ☐ **Anlage H** Anhang I zur Leistungsbeschreibung– Technische Anforderungen

bei.

Teil F: Erklärung zum LTMG

zur Tariftreue- und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)

I.
Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt

Ich erkläre / Wir erklären, dass

- ☐ meinen / unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht
  oder
- ☐ mein / unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.

[Zutreffendes bitte ankreuzen.]

ich mir / wir uns

☐ von einem von mir / uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse / lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);

oder

☐ von einem von mir / uns beauftragen Nachunternehmen eine schriftliche Versicherung geben lasse / lassen, dass dieses den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführt und diese Versicherung dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);

[Zutreffendes bitte ankreuzen.]

- ich mich verpflichte / wir uns verpflichten sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen, wenn sie nicht in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind und den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführen.

II.
Verpflichtungserklärung für öffentliche Aufträge, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz erfasst werden

Ich erkläre / Wir erklären,

- dass meinen / unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts gewährt werden, die nach Art und Höhe mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entsprechen, an den mein / unser Unternehmen aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gebunden ist;

- dass meinen / unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden), die nicht dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung unterfallen oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht.

- dass ich mir / wir uns von einem von mir / uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse / lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege;

- sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen.

Ich bin mir / Wir sind uns bewusst, dass

- mein / unser Unternehmen sowie die von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,

- mein / unser Unternehmen sowie die von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,

- zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem / unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,

- bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines / unseres Unternehmens sowie der von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
    - den Ausschluss meines / unseres Unternehmens und die von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
    - mein / unser Unternehmen oder die von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
    - der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.
    - der öffentliche Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung informiert.

Teil G: Erklärungen und Unterschrift des Bieters

Ich/wir biete(n) die ausgeschriebene Leistung entsprechend den Vorgaben der Vergabeunterlagen und mit den Inhalten der vorstehenden Ziffern A. bis F. in Form eines verbindlichen Angebotes an.

Ich/wir erkläre(n) hiermit,

- dass ich/wir die Vergabeunterlagen vollständig erhalten habe/n und insbesondere die Vorgaben zur Zuschlagslimitierung nachvollziehen konnten,
- dass der Vertrag mit Zuschlagserteilung zustande kommt und nachträglich lediglich schriftlich zu dokumentieren ist,

Wir halten uns an unser Angebot bis zum Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist (15. Januar 2027) gebunden.

Mir/uns ist bekannt, dass die Unrichtigkeit vorstehender Erklärung zum Ausschluss meines/unseres Unternehmens vom Vergabeverfahren sowie zur fristlosen Kündigung eines etwaigen erteilten öffentlichen Auftrages wegen Verletzung einer vertraglichen Nebenpflicht aus wichtigem Grund führen kann.

Ort: **Datum:**

_____ _____

_____

Name(n) der Person(en), die das Angebot rechtsverbindlich für den Bieter abgibt/abgeben